

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 576 11; Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig. Einzel-Konto: Essen 24171; Anzeigenpreis: Die nebeneinanderstehende Kolonnette oder deren Raum 100 Goldpfennig. Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Telefon-Nr.: 4300, 4301, 4302. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38-42. Telegramm: Aitverband-Bochum.

Wen wählen wir am 7. Dezember?

Keinen Feind der Republik! Keinen Zollwucherer! Keinen Sozialreaktionär!

In der Zeit furchtbaren Massenelends, wachsender Zerrung und schwerer Wirtschaftskrise wählte das deutsche Volk am 4. Mai einen Reichstag, der absolut arbeitsunfähig war. Das Ziel, diesen Reichstag baldmöglichst zur Auflösung zu bringen, wäre des Schwelgers der Eiden wert gewesen. Aber alle Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, wehrten sich gegen diese Auflösung, weil die Parteien bei ihr nichts zu gewinnen hatten. Die Deutschnationalen führten den Wahlkampf im Mai mit den bestellten Tiraden gegen die Erfüllungspolitik, gegen das Dawesgesetz. Dann stellten sie aber doch die Hälfte ihrer Fraktion für die entscheidende Abstimmung zur Verfügung, weil die Volkspartei und das Zentrum ihnen Ministerposten versprochen hatten. Die Komödie der Regierungsbildung führte dann schließlich doch zur Reichstagsauflösung, und stellt damit jeden Wähler und jede Wählerin, insbesondere aber auch die Gewerkschafter, vor die Frage:

Wen wähle ich am 7. Dezember?

Die freien Gewerkschaften sind nicht parteimäßig gebunden, sie empfangen nicht wie die verschiedensten Unionen ihre Direktiven von der KPD, oder wie diese von Moskau. Aber sie müssen sich bei der Wahl für eine Partei entscheiden, die ihre Interessen in Parlamenten vertritt. Der neue Reichstag hat die Lastenverteilung aus den Dawesgesetzen vorzunehmen, eine grundlegende Steuerreform ist eine seiner wichtigsten Aufgaben. Wir verlangen von ihm die Ratifikation des Abkommens von Washington, die Wiederherstellung und Sicherung des Achtstundentages, die Abwehr von Schutzzöllen, die Verbesserung der Sozialreform. All diesen Forderungen stehen Deutschnationalen und Volkspartei, ebenso Teile der anderen bürgerlichen Parteien entschiedenem Widerstand entgegen. Deutschwöllische und Kommunisten predigen Gewalt als Mittel und sind entschiedene Gegner der freien Gewerkschaften.

Die Aufgaben der freien Gewerkschaften haben sich im demokratischen Staat unendlich erweitert. Nicht mehr nur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kommt heute in Frage, sondern es gibt auch eine geistesberührende Frage, die in ihrer Auswirkung nicht auch die Gewerkschaften berührt und sie deshalb zwingt, aktiv politisch tätig zu sein. Das Zentralproblem der Gewerkschaften, die Ebenbürtigkeit von Kapital und Arbeit zu erkämpfen, dem Menschen in der Produktion die ihm gebührende Stellung zu geben, zwingt weiter die Gewerkschaften, an der Eroberung der Parlamente durch die Arbeiterklasse tätigen Anteil zu nehmen.

Die Gefahren der Zukunft

für die Arbeiterklasse sind ungeheuer, wenn es am 7. Dezember nicht gelingt, einen Reichstag zusammenzubringen, der arbeitsfähig und arbeitswillig im Interesse des Volkes ist. All die eben genannten Fragen werden von einem reaktionären Reichstag in arbeiterfeindlichem Sinne entschieden.

Deshalb darf dieser Reichstag nicht arbeiterfeindlich werden!

Die bürgerlichen Parteien bringen nicht die Erkenntnis oder den Mut auf, die Gefahren der monopolistischen Wirtschaftsentwicklung für das Volkswohl zu sehen und entsprechend zu bekämpfen.

Die Konzentrationsbewegung, die Stinnesierung, hat besonders in Rheinland-Westfalen ungeheure Fortschritte gemacht. Im Zeitalter der Inflation waren Sachwerte oft ungeheuer billig. Viel wurde von den Konzernen neu angelegt, aber noch mehr erweiterten sie sich durch Ankauf von Aktienpaketen, wodurch sie die Herrschaft über andere Unternehmungen an sich brachten. Die wirtschaftlichen, sozialpolitischen Interessen der Maschinenindustrie z. B. sind ganz andere als die der Schwerindustrie, doch mußte die erstere nicht auf. Da ist verständlich, wenn ein Maschinenfabrikant sagt: „Seien Sie mal mutig, wenn der andere 52 Prozent Ihrer Aktien besitzt!“

Diese Konzentrationsbewegung, besonders in der Schwerindustrie,

erdrückt die kleinen Produzenten, verelendet das Volk!

Im Ruhrkohlenyndikat verfügen 14 Konzerne über mehr als 80 Prozent Beteiligung, die Süttnerkonzerne unter diesen 14 über mehr als 50 Prozent Beteiligung. Die zwei Dutzend weiterer Mitglieder des Kohlenyndikats haben nichts zu sagen.

Eine Handvoll Leute beherrscht Industrie und Finanz

und übt darüber hinaus einen für die Volksgemeinschaft unheilvollen Einfluß auf die Gesetzgebung aus. Die Reichsregierung wagt nicht, Möglichkeiten des Kohlenwirtschaftsgebietes auszunutzen, sondern läßt die Entwicklung zur Herrschaft der Monopolisten laufen wie sie will. Die Zusammenballung, wie wir sie bei Kohle und Eisen sehen, hat ihren volkswirtschaftlichen Nutzen noch nicht erwiesen. Die Süttnerkonzerne verbrauchen infolge des ausgedehnten Selbstverbrauchs die gute Kohle für sich und lassen die schlechte durch das Syndikat verkaufen, so daß jetzt schon industrielle Kreise der Eisenindustrie diese Verteilung tadeln.

Sinnzu kommt, daß diese Monopolisten die Treiber für industrielle Hochschulzölle sind und daß sie schon jetzt wieder nach erhöhten Bleichzöllen streben. Schäden dieser Zollpolitik, die sie selbst treffen könnten, suchen sie durch internationale Verbindungen abzuwehren.

Patrioten, Vaterlandsfreunde sind diese Herrschaften nie gewesen!

Nabrelana suchten deutsche „Wirtschaftskreise“ die Entente um Reparationen zu betriegen, sabotierten die Erfüllungspolitik und erreichten endlich glücklich die Ruhrbesetzung! Sie hatten sie ihr Ziel aus dem Auge gelassen, durch ein

Wirtschaftsbündnis mit den französisch-belgischen Kapitalisten

die Reparationsleistungen von sich auf andere Kreise abzuwälzen. Stinnes sagte in der letzten Aufsichtsratsitzung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats vor der Ruhrbesetzung:

Ritter Bergmann
Schimmernde Wehre tragen wir nicht,
in der Hand nur das blanke Grabentlicht.
Hinein in die Höhle!
Im tiefen Schlund
liegt nun der Drache todeswund.
So Fuge strömt das Drachenblut,
Wo es hinreißt, brennt rote Feuerzucht.

„Wir müssen den Franzosen soviel Schwierigkeiten machen, daß sie gezwungen sind, sich mit der rheinisch-westfälischen Industrie zu verständigen.“ Limberg antwortete ihm darauf: „Nein, nicht so! Wir müssen so arbeiten, daß die französische Regierung recht bald mit der deutschen Regierung sich verständigt, weil das deutsche Volk kein Interesse an einer privaten Verständigung der deutschen und französischen Schwerindustrie hat.“ Stinnes suchte diese Verständigung noch zu Anfang der Ruhrbesetzung! Dr. Keller hat in seinem „Frager Tagblatt“ vor Wochen schon auseinandergelegt, wie Stinnes zu jener Zeit über Cartigliani, Mussolini mit Poincaré in Verbindung trat und diese Verbindung telegraphisch abbrach - als die deutsche Regierung die Ruhrhilfe beschloß!

Seute sind diese internationalen

großkapitalistischen Verständigungspolitiker

wieder dabei, mit den „Erbskinder“ sich zu verständigen, damit sie gemeinsam ihren Völkern das Fell über die Ohren ziehen können. Zu den jüngsten Verhandlungen über deutsche Kohlenlieferungen in Paris schreibt das Organ der französischen Schwerindustrie „Nouvelle Industrielle“:

„Der neugeschaffene Zustand ist als ein Uebergangssystem anzusehen, das vielleicht zur Kommerzialisierung der deutsch-französischen Beziehungen an der Ruhr führen kann.“

Das heißt nichts anderes als die

Errichtung eines deutsch-französisch-belgischen Rohlen- und Eisensyndikates!

Eine wirkliche, internationale Verständigung über wirtschaftliche Fragen aller Art läge sicherlich im Interesse der Völker. Aber diese kapitalistische Verständigung ist etwas ganz anderes!

Sie fragt nur nach dem Profit, nicht nach dem Volk!

Diese „Verständigung“ sucht nach Mitteln und Wegen, die Preise hochzuhalten, das eigene Volk zu schröpfen, um mit dem so im Inland erzielten Extraprofit die inoffizielle Auslandsindustrie bekämpfen zu können.

Und wer sind diese Internationalisten?

Sucht sie nicht in den Kreisen der Sozialdemokratie, sondern in denen der Volkspartei, der Deutschnationalen, deren Blätter uns jeden Tag als internationalen Genossen, national Unzuverlässigen beschimpfen! Wollt ihr euch erst recht hüteln und schänden lassen, dann wählt am 7. Dezember diese Leute!

Meine bürgerliche Partei bietet den Gewerkschaftern die Garantie, daß sie für ihre Interessen eintritt, so wie wir das verlangen müssen.

Arbeiterrechte werden nur durch Arbeitervertreter gesichert!

Wie stark die Arbeiter sein können, wenn sie nur wollen, zeigt uns ein Beispiel aus der letzten Zeit.

Die österreichischen Bundesbahner traten in den Generalstreik, als sie kein Mittel mehr hatten, anders ihre Forderungen durchzusetzen. Die Regierung trat zurück, weil die Bundesbahn eine eigene Gesellschaft und ihre Maßnahmen Folgen der Forderung des Entente-Sparkommissars seien. Die Eisenbahner stürzten sich nicht an die Regierung, nicht an den Sparkommissar und traten einmütig in den Streik, unterstützt von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Glänzend wurde der Streik geführt, kein Streikbrecher war zu verzeichnen, absolute Ruhe wurde aufrecht erhalten und nach wenigen Tagen war eine Einigung möglich. Georg Bernhart sagte in der „Voll. Stg.“, daß es nicht zum Streik gekommen wäre, wenn noch die Sozialdemokraten in der österreichischen Bundesregierung gefeiert hätten! Er bestätigt damit, was unsere österreichischen Freunde sagen.

Wie war dieser Erfolg möglich? Nur, weil die österreichische Arbeiterklasse sich ihre Partei und ihre Gewerkschaften nicht zerklüftet ließ, weil in der österreichischen Sozialdemokratie Adler und Kenner, Bauer und Leuthner Platz hatten, und weil die Kommunisten durch ihre gegenseitige Duldsamkeit zur Schmachtt verurteilt wurden!

Merkt daraus, daß die bolschewistischen Partei- und Gewerkschaftszersplitterer Feinde der organisierten Arbeiterkraft sind! Gebt auch ihnen nicht eure Stimme am 7. Dez.!

Aber wählt nicht nur am 7. Dezember, sondern arbeitet für die Wahl!

Selbst durch intensive Agitation bis zum Tage der Wahl das Meer der Nichtwähler verringern! Zeigt den Lauen, Gleichgültigen und Verzweiferten, daß es bei dieser Wahl um große, folgenschwere Entscheidungen geht, die in ihrer Auswirkung Lebenshaltung und Gesundheit der Arbeiterfamilien auf das Entscheidendste beeinflussen. Wahlparole der Gewerkschafter darf nicht sein:

**Für die Republik!
Für den Achtstundentag!
Gegen Zollwucher!
Für Völkerverständigung!**

Die Wahlparole des ADGB.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, nimmt in Nr. 15 programmatische Stellung zur Frage: Reichstagswahlen und Gewerkschaften. Sie beipflichtet Zollpolitik, Sozialpolitik, Achtstundentag und kommt zu dem Schluß:

„So stehen die Gewerkschaften in einer wirtschaftspolitischen Situation, die ihren Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt, mit aller Kraft den Wahlkampf zum Wohle der Arbeiterklasse zu führen, die in unterschiedlichen Klassen aufzuklären, um dadurch ihrer eigenen Sache zum Sieg zu verhelfen.“

Die bürgerlichen Parteien kommen für die Gewerkschaften nicht in Betracht. Die kommunistische Partei hat sich selbst unangekündigt durch Worte und Taten als verschämter Feindin der Form und des Inhalts der freien Gewerkschaften bezeichnet. Sie ist die Zellenmarie, die auch ihren eigenen Angaben von unten auf und von innen heraus das Wort vollbringen will, die freien Gewerkschaften der kommunistischen Parteipolitik dienstbar zu machen. Bei seiner Gewerkschaft aber als Kampf im wirtschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten und schärfen will, der kann nicht die kommunistische Partei wählen, die den Gewerkschaften Eigenart und Selbstständigkeit nehmen will. Die kommunistische Partei will eine Gefangene der deutschen Wirtschaft nicht. Sie kann nur Geschäfte machen in Zeiten wirtschaftlicher und seelischer Not des deutschen Volkes. Solche Zeiten sind Quellen der Unruhe, der leidenschaftlichen Erregung, in denen die Politik der kommunistischen Partei wurzelt. Die Gewerkschaften sind aber auf eine auf den Schutz und die Förderung des Wohles der Arbeiterschaft sorgsam eingestellte Politik in der Gesetzgebung angewiesen. In diesem Sinne, und nur in diesem Sinne erklären die Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Orientierung.

Bürgerblut! So lautet die Losung in allen Reichstagen. Sie sollte ein Warnungssignal für die deutsche Arbeiterschaft sein. Es müßte es die bekümmerte Klasse: die niedere Bühne und Gehälter - dort Wahlzölle, die lange Arbeitsfron - dort Verfallung der Sozialpolitik, die Feuerang - dort Steuerlast auf die Volkswirtschaft! Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens will sie den Fortschritt gewalttätig hemmen. Ihre Waffen in diesem Kampfe sind auf wirtschaftlichem Gebiete die Arbeitgeberverbände, Trübs, Kartelle, auf politischem Kampffeld soll der Bürgerblut das Bollwerk sein. Ein verwerflicher Plan! Hier auf wirtschaftlichem Gebiet im Besitz der Wahlmacht - dort auf politischem die Hand am Hebel der Gesetzgebung, fürwahr: das Wort der Verfassung des deutschen Volkes könnte lauten.

Nach alledem besteht für jedes Gewerkschaftsmitglied die Verpflichtung, für diejenige Partei im Wahlkampf und am Wahltag einzustehen, die politisch seine Interessen wahrnimmt. Das ist die sozialdemokratische Partei!

Gewerkschaften und Schutz Zoll.

Die Verhandlung der Zollfrage, die Gestaltung der Handelsverträge sind von entscheidender Bedeutung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sein. Die eminente Bedeutung dieser Frage für die Gewerkschaften liegt somit auf der Hand. Der Reichswirtschaftsrat hat eine Untersuchung über die Schutz Zollfrage veranlaßt, in der in 26 Sitzungen 368 Sachverständige vernommen wurden. Eine Entschließung des finanz- und wirtschaftspolitischen Ausschusses nahm den Bericht entgegen und sah eine Entschärfung, die sich für den möglichst ungehinderten internationalen Warenaustausch durch internationalen Abbau der Zollmauern ausspricht. Mäßiger Zoll dürfe nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen weiterverarbeitenden Industrie auf den ausländischen Märkten behindern.

Die Entschärfung ist eine Kompromißlösung, die zwar den Weg zum Freihandel zeigt, aber doch unter dem Begriff des „mäßigen Schutzes“ noch alle Wege zu verbotlicher Vollbelastung übrig läßt. Auch in den Gewerkschaften sind die Zollschutzprobleme in ihrer neuen Gestaltung noch nicht so durchsichtig, die Haltung deshalb noch nicht so einheitlich, wie das angesichts der bevorstehenden Wahlen notwendig ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte deshalb zum 21. Oktober eine Sitzung seines Lohnpolitischen Ausschusses einberufen, an der die Gewerkschaftsvertreter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats und Vorstandsmitglieder der ADA und des ADGB teilnahmen.

Zur grundsätzlichen Klarstellung war Dr. Gifferting gewonnen worden, der etwa folgendes ausführte:

Weder die Sozialdemokratische Partei noch die Gewerkschaften sind in Fragen der Handelspolitik dogmatisch gebunden, weil beide seither einen entscheidenden Einfluß auf die Handelsverträge und die Zolltarifberatungen nicht hatten. Es gilt jetzt die in den letzten Jahren geübte

Hochschutzzollpolitik abzubauen.

die der Entfaltung der deutschen Wirtschaft hinderlich geworden ist. Unsere Stellungnahme zum Schutz Zoll muß geleitet sein von den Interessen der arbeitenden Klasse, die in erster Linie als Produzent auftritt und darüber hinaus auch Konsumumenteninteressen zu wahren hat.

Der Agrarzoll belastet die gesamten industriellen Produktionskosten und läßt ganz zwangsläufig den industriellen Schutz Zoll aus. Die Industriezölle verteuern die landwirtschaftliche Produktion und sind deshalb abzulehnen. Nicht eine einzige Zollposition kann aus dem gesamten Zollsystem herausgenommen und für sich behandelt werden, denn der deutsche Zolltarif ist etwas Zusammenhängendes; eine Position wirkt auf die andere ein. Der Agrarzoll steigert den Lauswert des Grund und Bodens und verteuert damit künstlich die auf ihm erzeugten Produkte. Vorteil davon haben nur die augenblicklichen Bodenbesitzer, die eine besondere Grundrente einziehen, während der nächste Käufer des Grundstückes einen höheren Preis zahlen muß. Dieser Käufer hat also bereits höhere Produktionskosten und verlangt wegen mangelnder Rentabilität erneut erhöhten Schutz Zoll. Der Schutz Zoll hindert zugleich jede Siedlungspolitik und eine intensive Bodenbewirtschaftung. Die Ursache der diesjährigen deutschen Agrarkrise bis zum August bestand in den hohen Preisen für Industrieerzeugnisse und den außerordentlich geringen Preisen der Agrarprodukte, die aber in neuester Zeit fast völlig ausgeglichen sind.

Deshalb bedarf die deutsche Landwirtschaft des Zollschutzes nicht.

Weltwirtschaftlich gesehen ist in der Agrarwirtschaft eine völlige Umwälzung eingetreten. Im letzten Jahrzehnt vor und während des Krieges zogen alle Preise für Agrar- und Rohstoffe ununterbrochen an, trotzdem die Anbauflächen in Argentinien, Kanada und Nordamerika erheblich vergrößert wurden. Den amerikanischen Farmern wurden während des Krieges Mindestpreise garantiert, die Landwirtschaft rentierte und behnte sich infolge dessen aus. Seit Kriegsende mangelnde Kaufkraft in Europa senkte die Preise für Agrarprodukte in Amerika. Die amerikanischen Farmer drängen auf Ausfuhr und sind heute die eifrigsten Verfechter des Freihandels. Rußland exportierte vor dem Kriege große Getreidemengen; Deutschlands Einfuhr kam zu etwa 88 Prozent aus Rußland. Die russische Ausfuhr war stets nur Güterexport, den auch nur der Großgrundbesitz zu leisten vermochte. Dieser Großbesitz ist nicht nur in Rußland, sondern in allen südeuropäischen Staaten durch Revolution und Agrarreform zerschlagen. Der Kleinbesitz wirtschaftet nicht rationell und ist daher nicht exportfähig. Deshalb scheidet der Export aus diesen Agrarstaaten für Europa fast aus. In der amerikanischen Landwirtschaft steigt der Lebensstandard der Landwirte andauernd, damit erhöhen sich die Produktionskosten, und als weitere Folge ist auf unabsehbare Zeit mit gesteigerten amerikanischen Lebensmittelpreisen zu rechnen, die rückwärts auf die Preise für deutsche Produkte. Der Agrarzoll wirkt stets als ursprünglicher Preisermittler und ist deshalb abzulehnen.

Die Industriezölle wirkten vor 100 Jahren in Deutschland als Erziehungszölle, doch in der heutigen Kartell- und Trustwirtschaft erzwingen sie die vertikale Vertrauens- und fördern die Monopolisierung der Industrie.

verschaffen ihr insbesondere eine besondere Kapitalrente. Die Dumpingwirtschaft im Auslande wird damit ermöglicht, wogegen sich das Auslande wiederum durch Zollmauern zu schützen sucht.

In der Vorkriegszeit erhob Deutschland z. B. 10 M. pro Tonne Eisenzoll. Italien konnte dadurch deutsche Halbzeugfabrikate zu 57 Prozent der in Deutschland üblichen Preise kaufen und auch der englische Schiffbau kaufte um etwa 30 Prozent billiger. Industrieller Schutz Zoll verteuert heute die gesamte Produktion lediglich zugunsten einiger Kartelle und hindert die intensive Entwicklung der Fertigungindustrie, auf die Deutschland angesichts der Reparationen ganz besonders angewiesen ist. Ein Vergleich mit anderen Industrieländern beweist, daß dort der Freihandel der Fertigungsindustrie außerordentlich günstig gewesen ist, weil er sie gleichzeitig zur Rationalisierung infolge andauernder Konkurrenz anregte. Die rückständige deutsche Industrie wird nur durch den Schutz Zoll vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden können.

Im Gegensatz zu Deutschland scheiden die amerikanischen Trusts als unrentable Betriebe aus, während die deutschen Kartellpreise billiger werden von dem am niedrigsten rentierenden Betriebe.

Als Finanzzoll kommt der Schutz Zoll kaum in Betracht,

denn dem Staatshaushalt wurden zumeist ganz unbedeutende Summen aus den Zöllen zugeführt. Pro Kopf der Bevölkerung waren in der Vorkriegszeit jährlich 20 M. Finanzzoll zu leisten, das waren fast 10 Prozent vom Jahreseinkommen einer Familie. Die Grundbesitzer haben von diesen ungeheuren Beträgen fast 80 Prozent als erhöhte Grundrente erhalten.

Die deutschen Gewerkschaften stehen in der Zollfrage augenblicklich vor schweren Entscheidungen, weil sie befürchten müssen, daß ohne Zollschutz bestimmte, nicht leistungsfähige Industriezweige stillgelegt werden könnten. So z. B. könnte der Mansfelder Kupferbergbau durch Zoll geschützt werden, aber die Verteuerung aller elektrotechnischen Produkte wäre die Folge, die wir wiederum angesichts der Auslandswettbewerb und weil wir auf den Weltmarkt müssen, einfach nicht ertragen können. Dasselbe trifft zu auf den Textilrohstoffzoll, durch den die gesamte Bekleidungsindustrie belastet, die Inlandspreise in die Höhe getrieben und der Außenhandel ausgeschaltet würde.

Die protektionistischen Interessen einzelner Industriezweige müssen deshalb hinter die allgemeinen Interessen zurücktreten. Wird eine leistungsfähige Industrie durch hohen Zoll geschützt, kann in die Erzeugnisse dieser Industrie durchwegs nicht geschafft werden, wenn der Ueberpreis gestattet den Kapitalflüchtigen die Einführung

verbollkommener Maschinen, und damit zerschlägt man zugleich die weniger leistungsfähigen Unternehmungen und verhindert keineswegs die Arbeitslosigkeit.

Von der deutschen Stellungnahme wird es abhängen, ob bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen die Bahn für die freie Verkehrswirtschaft in der Welt geebnet wird. Entscheidend sind dabei die Verhandlungen, die Deutschland mit Frankreich zu führen hat. In England hat die Arbeiterregierung einige Schutz zölle bereits abgebaut und sich für freihändlerische Handelspolitik entschieden.

Sering, der bedeutende Agrarwissenschaftler und Bevollmächtigter des Agrarzolls, wandte sich vor wenigen Tagen auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart gegen Agrar- und Industriezölle.

Das gewerkschaftliche Gesamtinteresse erfordert die Steigerung der gesamten Produktion durch freihändlerische Gestaltung der Handelspolitik.

In der Aussprache wiesen einige Vertreter hin auf die völlig veränderte wirtschaftliche Struktur Deutschlands, den hohen Zollschutz des Auslandes gegen deutsche Industrieerzeugnisse, die Kreditnot in Deutschland, die jeden technischen Fortschritt ungemein hemmt, die besondere Belastung der Industrie durch Reparationslasten usw. Alle diese Momente erschweren vielfach die Stellungnahme der Gewerkschaften gegen den Schutz Zoll, weil die Stilllegung vieler Betriebe unvermeidlich eintreten würde, die Entlassenen aber in anderen Industrien kaum unterzubringen sind.

Der Vorstand des Landarbeiterverbandes wendet sich gegen jeden Schutz Zoll, trägt aber die Gewerkschaften für industrielle Schutz zölle ein, dann würde der Landarbeiterverband sich vorbehalten müssen, seinen Standpunkt zu den Agrarzöllen zu revidieren.

Die Vertreter der Metallarbeiter, Fabrik-, Leder-, Textil-, Berg- und Verkehrsarbeiter wenden sich gegen den Zollschutz, auch wenn dadurch die Interessen einzelner Gewerbe- und Industriezweige auf absehbare Zeit leiden müßten. Denselben Standpunkt nehmen die ADA-Vertreter ein.

Gifferting behandelt die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen.

Die deutsche Wirtschaft sei heute tatsächlich entschuldet,

das beweise der große wirtschaftliche Vorsprung insbesondere der deutschen Landwirtschaft gegenüber dem Auslande, die in der Vorkriegszeit erheblich verschuldet war. Die Industrie hat in der Inflationszeit zu umfangreichen Erweiterungen vorgenommen, die mit ihrem Absatzgebiet nicht vereinbar waren. Der Verlust deutscher Rohstoff- und landwirtschaftlicher Uebererschüsse wirkt zwar hemmend auf die deutsche Wirtschaft, aber nur durch den Fortfall der Steuern, die aus den privaten Wirtschaften fließen und die heute dem Auslande zufallen; im übrigen wird ja nach wie vor nur Ware gegen Ware privatwirtschaftlich getauscht.

Die Agrarwirtschaft wird heute in ausgedehntem Maße intensiv betrieben, trotzdem die Agrarwissenschaft hervorragende Resultate bereits erzielt, die aber von der Mehrzahl der Landwirte nicht beachtet werden. Denn in Ost- und Südost-Europa sind es zumeist Analphabeten, die Agrarwirtschaft betreiben, die nicht einmal gute Durchschnittsergebnisse erzielen. Deshalb ist die intensive Landwirtschaft in der Hauptsache eine Frage der Erziehung.

Die demokratischen Bauern in Dänemark sind Freihändler,

die auf hervorragende landwirtschaftliche Leistungen zurückblicken und in eigenen Genossenschaften ihre Produkte verkaufen lassen.

Der außenpolitische Druck gegen deutschen Agrarzoll ist nicht sehr stark und er wird noch schwächer werden; deshalb muß er verstärkt im Inlande einwirken. Denn Kanada, Argentinien und Nordamerika sind Weizenländer, und der Weizenkonsum in Deutschland ist sehr zurückgegangen; deshalb haben diese Länder nicht besondere Ausfuhrinteressen in Deutschland.

Die Reparationszinsen belasten das gesamte Volk, nicht etwa nur bestimmte Industriezweige,

und sie werden aus dem gemeinsamen Reparationsstopf geleistet. Der deutsche Produktionsapparat ist — allgemein betrachtet — technisch genügend fortgeschritten, und was das nicht der Fall ist, kann nur der Freihandel, die Konkurrenz des Auslandes, die Reinigung vollziehen. Amerikanisches Kapital zu billigem Zinsfuß wird der deutschen Wirtschaft sehr bald zur Verfügung stehen, der deutsche Zinsfuß geht bereits anbauern zurück. Die technische Fortentwicklung in Deutschland ist eine Finanzfrage. Die deutsche Arbeitskraft wird noch auf Jahre hinaus die billigste der Welt bleiben. Aus alle diesen Ursachen sind die Produktionsbedingungen in Deutschland durchaus nicht ungünstiger als die im industriellen Auslande, das ebenfalls gewaltige Kriegslasten zu verjassen hat. Rotleidenden Industrien darf nicht durch Schutz Zoll, sondern mit staatlicher Fracht- und Steuerermäßigung geholfen werden.

Nachdem der Reichstag aufgelöst ist, kann nur auf der Basis der autonomen Zölle in die Handelsvertragsverhandlungen eingetreten werden. Die Stellungnahme des Auslandes zu unserer Handelspolitik wird von Deutschlands Verhalten bei den Handelsvertragsverhandlungen bestimmt.

Graßmann konstatiert die Einmütigkeit aller Anwesenden, die durch Giffertings Darlegungen

gegen den Zollschutz und für die freihändlerische Gestaltung der deutschen Handelspolitik

wesentlich gefördert worden ist.

Umbreit wünscht das Referat Giffertings als Broschüre an die gewerkschaftlichen Funktionäre herauszugeben. Gifferting erklärt sich bereit, die Zollfragen in einer besonderen Broschüre zu behandeln.

Eine selbstverständliche Folgerung aus dieser einmütigen Stellungnahme unserer Gewerkschaften ist,

daß kein Gewerkschafter am 7. Dezember einer zollfreundlichen Partei seine Stimme gibt!

Der Arbeitsmarkt in Westfalen u. Lippe.

Auf dem Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe konnten die sich in letzter Zeit für einzelne Teilarbeitsmärkte festgestellten besseren Beschäftigungsmöglichkeiten teilweise weiter durchsetzen. Bemerktbar machte sich das Zurückgehen der Erwerbslosenziffern. Eine Besserung der Arbeitsverhältnisse macht sich hauptsächlich in der Kleinmetall- und Leichtindustrie bemerkbar. Die Nachfrage für diese Industrien, hauptsächlich nach jugendlichen Arbeitskräften, hat sich gesteigert. Die Verschlechterung des bergbaulichen Arbeitsmarktes hat in der verflochtenen Woche nicht weiter nach sich gezogen. Eine gewisse Entspannung, die sich außer in einer steigenden Zahl von Neueinstellungen und auch in der Verminderung der wegen Abzahnung eingeleiteten Feierschichten zeigte, war erkennbar. Feierschichten wegen Wagenmangels waren in der Zeit vom 3. bis 8. November nicht mehr zu verzeichnen. Vor etwaigen planlosen Zuwanderungen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet muß nach wie vor nachdrücklich gewarnt werden, da der Bedarf an gelernten und ungelerten Arbeitskräften selbst bei günstigerer Entwicklung noch auf lange Zeit aus dem eigenen Bezirk vollumfänglich gedeckt werden kann, ferner aber auch die Unternehmungskonjunktionschwierigkeiten eine große Rolle spielen.

Tarif- und Lohnstreitigkeiten im Bergbau.

Im gesamten Kohlen- und Kalibergbau, sowie auch teilweise im Erzbergbau, steht augenblicklich die Lohnfrage im Vordergrund der Auseinandersetzungen. In einigen Tarifgebieten, so in Oberschlesien, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau usw. haben bereits Parteiverhandlungen stattgefunden, welche aber die Ablehnung einer Lohn-erhöhung seitens der Arbeitgeber brachten. Wohl erkennen diese bei den Verhandlungen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne an, da sie die Verteuerung der Lebenshaltung, allein schon nach dem amtlichen Reichsindex, nicht bestreiten können, glauben aber ihre ablehnende Haltung begründen zu können mit dem Hinweis auf die neue Gefahr einer Inflation. Um die Währung stabil zu erhalten, ist es daher nach Auffassung der Arbeitgeber notwendig, die Realwerte der Löhne und Gehälter herabzubringen. Dabei haben aber die Arbeitgeber übersehen, daß der Wert unserer Rentenmark sich von Woche zu Woche verringert. In den Monaten Mai-Juni d. J. konnte jeder im deutschen Reich für eine Rentenmark weit mehr einkaufen, als augenblicklich. Das ist nach allgemeinen Begriffen auch Inflation. Alle Regierungsmassnahmen und noch so gute Beschlüsse des Reichskabinetts haben darin keine Besserung schaffen können. Nun aber liegt doch die Tatsache vor, daß der amtliche Reichsindex für Lebenshaltung in seinen Ziffern nicht diejenigen Rezipienten wiedergibt, welche in Wirklichkeit die Lebenshaltungskosten darstellen. Selbst Regierungsstellen sind sich längst darüber klar, daß die amtliche Indexziffer zu niedrig ansetzt. Trotzdem die Dinge nun so sind und das Reichsarbeitsministerium die Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne anerkennt, wird deren Erledigung möglichst verzögert, oder man setzt den Gewerkschaften, wie das in Köln geschehen ist, Schiedsprüche mit nachfolgender Rechtsverbindlichkeit vor die Nase, die fast jede Möglichkeit eines Lohnausgleichs nehmen. Doch auch hiergegen werden wir kämpfen, uns zur Wehr zu setzen.

Sämtliche Arbeitgeberorgane treten trotz der allgemeinen Erhöhung der Warenpreise gegen eine Erhöhung der Löhne auf. Die Regie auf der Gegenseite klappert gar nicht schlecht. Neben der Presse hat man noch die Handelskammern in Tätigkeit gesetzt, um die Reichsregierung mit Entschärfungen zu befallen, die sich ihrem Inhalte nach gegen die Lohnforderungen der Bergarbeiter richten. Es hat aber ganz den Anschein, als wenn auch sonst noch von anderer Stelle aus ein verstärkter Druck auf Regierungsstellen ausgeübt wird.

Am 27. Oktober fanden in Halle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ergebnislos Lohnverhandlungen statt, wobei die Arbeitgeber zum Schluß erzwungen, die Schlichtungsverhandlungen möglichst schon in der nächsten Woche, und zwar am Anfang derselben, also in der Zeit vom 3. bis 6. Nov., zu erledigen. Der Reichsarbeitsminister setzte als Verhandlungstag den 5. November an. Aber auch hier ergab sich keine Verständigung der Parteien. Es wurde daher auf Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums vereinbart, die Schlichtungsverhandlungen am 6. November zu führen. Als die Vertreter der Schlichtungsausschüsse aber nunmehr an diesem Tage zu den Verhandlungen erschienen, wurde denselben plötzlich vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ober-Regierungsrat Dr. Tiburtius mitgeteilt, daß unbedingt eine Vertagung der Verhandlungen notwendig sei, da das Reichswirtschaftsministerium die Nachprüfungen der Geschäftsergebnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau noch nicht beendet habe und diese zur Regelung der Lohnfrage doch als Unterlage dienen müßten. Außerdem tagte das Kabinett augenblicklich, um zu Preis- und Lohnfragen Stellung zu nehmen.

Tiefe angelegene Gründe muteten recht sonderbar an. Sowohl das Reichskabinett als auch das Reichswirtschaftsministerium hatten mehrere Wochen Zeit, um zu den erwähnten Fragen Stellung zu nehmen und auch eventuelle Beschlüsse durchzuführen, wobei wir uns gar nicht der Hoffnung hingeben, daß das Reichskabinett etwa mit seinen Maßnahmen eine Preisentung herbeiführen könne. Wenn aber die Regierungshandlungen so spät mit ihren Maßnahmen einsehen, so muß jeder Außenstehende zu der Auffassung gelangen, daß hier besondere Vorgänge spielen müssen.

Mit Recht wehrten sich die Vertreter der Arbeiter gegen diese Vertagung bis zum 24. November. Trotz alledem wurde mit den Stimmen der Arbeitgebervertreter und der des Vorsitzenden die Vertagung beschlossen.

Man beachte nun folgendes: Bei den Parteiverhandlungen in Halle am 27. Oktober brängten die Arbeitgeber mit uns auf schnelle Erledigung der Lohnfrage. Am 6. November bei den Schlichtungsverhandlungen siefen sie glatt um und stimmten für weitere Vertagung. Inzwischen aber regten sich auch die verschiedensten Handelskammern und befaßten sich in Eingaben an die Reichsregierung mit der Lohnfrage im Bergbau. Sie forderten Ablehnung derselben. Das alles drängt die Frage auf: Wo ist die Stelle, welche auf Verschleppung in der Lohnfrage drängt? Ist es das Reichsarbeitsministerium oder sind es andere? Wir haben nach dem Verhalten der Arbeitgeber im ganzen Reich und der Verkörperung eines nicht einflusslosen Arbeitgebers gelegentlich der Lohnverhandlungen gegenüber einem anderen Arbeitgebervertreter, die gewiß unser Ohr nicht treffen sollte, und nach den telegraphischen Eingaben der verschiedenen Handelskammern in dieser Frage die Ueberzeugung, daß die Verschleppungspolitik im Arbeitgeberlager liegt und daß das Reichsarbeitsministerium vor diesen Gewaltigen kapituliert.

Inzwischen haben nun am 14. November die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau ebenfalls stattgefunden. Es war daselbe Bild wie in anderen Revieren, nur daß die Arbeitgeber dieses Reviers noch glaubten, die Ablehnung mit ihrer größeren Armut begründen zu müssen. Dabei geht es der Arbeiterschaft bestimmt schlechter als der Gegenseite. Die Nutznießer der Inflation waren nicht die Arbeiter, sie sind bettelarm dabei geworden. Dagegen aber haben sich Industrie und Handel in erheblichem Umfange dieselbe zunutze gemacht. Für die organisierte Bergarbeiterschaft ist mit der Ablehnung der Forderungen durch die Arbeitgeber die Frage noch nicht abgetan. Im Laufe dieser Woche finden nun Schlichtungsverhandlungen statt. Zunächst werden wir noch sehen, wie sich amtliche Stellen angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten zu den Lohnforderungen im Bergbau stellen. Verlagen aber auch diese, dann werden die Bergarbeiterorganisationsgewungen, erneut zu der Frage Stellung zu nehmen und Arbeitgeber und Reichsregierung sollen nicht unklar sein über die Antwort, welche daraufhin erfolgen wird.

Sitzung der Bergarbeiterinternationale.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes hielt am 5. und 6. November eine Konferenz in Brüssel ab, in der besonders Stellung genommen werden sollte zu der vom Prager Kongress beschlossenen Einrichtung des voll arbeitenden Sekretariats.

Um diesen Punkt vorweg zu nehmen: Die Konferenz beschloß, von den Organisationen 5 Pf. pro Jahr und Mitglied für das Sekretariat zu erheben. Um seine Arbeiten auf eine gesicherte Grundlage zu stellen, sollen die Organisationen ersucht werden, bis zum 1. Januar den ersten Jahresbetrag einzuzahlen. Eine neue Sitzung im Januar, die auf Einladung der deutschen Delegation in Hannover stattfinden soll, wird die weiteren Schritte beschließen.

Von Interesse für die Nichtengländer war der Bericht der englischen Kameraden über die englischen Wahlen und die allgemeine Lage in England.

Wehr wie je war diesmal in England der Sozialismus Ob-jekt des Wahlkampfes. Infiltriert vereinigten sich die Liberalen vielfach mit den Konservativen, und was demagogische Kampfmittel gegen die Arbeiterpartei anbelangt, schossen die Liberalen vielfach den Vogel ab durch die Verdrübenung der bürgerlichen und infolge des Wahlrechts, das dem Kandidaten das Mandat zuweist, der im Wahlkreis die meisten Stimmen, nicht die Mehrheit, erhält, ging die Mandatsziffer der Arbeiterpartei von 193 auf 188 zurück.

Für unsere Kameraden werden einige Zahlen über die Entwicklung der englischen Arbeiterpartei und ihre Wahlziffern von Interesse sein. Wir lassen sie deshalb hier folgen:

Table with 4 columns: Year, Members, Mandates, Deputies. Data for 1900-1922.

Der gewaltige Aufschwung der Stimmen im Jahre 1918 ist zurückzuführen auf das damals zum ersten Male wirkliche allgemeine Wahlrecht. Die Labour Party ist keine Partei von Einzelmitgliedern.

Statt 143 im letzten Parlament zählt das neue 41 offiziell von den Bergarbeitern aufgestellte und gewählte Mitglieder. Fünf weitere Vergleiche sind als Kandidaten der Independent Labour Party gewählt.

Die englischen Bergarbeiter verfolgen mit großer Sorge die Arbeitsverlängerung der deutschen Vergleute, da diese sie hindert, eine Aktion für die Sechsstundenfrist zu unternehmen.

Von den englischen Delegierten wurde Mitteilung gemacht, daß der englische Gewerkschaftskongress eine Delegation nach Rußland entsendet, unter welcher sich auch Herbert Smith, der Präsident des Intern. Bergarbeiterbundes, befindet.

Der unionistische Krebsgang.

Die Zerlegung innerhalb der parteikommunistischen Gewerkschaftsorganisationen. - Sobotta brachte die Bergarbeiterunion von 65 000 auf 10 000 Mitglieder.

Der katastrophale Niedergang der bolschewistischen Interessenorganisationen in Deutschland tritt von Tag zu Tag immer deutlicher in die Erscheinung. Die Gesundung innerhalb der proletarischen Bewegung macht sich nicht nur in dem immer offensichtlicher werdenden Zusammenfall der kommunistischen Parteipositionen, sondern auch vor allem innerhalb des Gewerkschaftslebens bemerkbar.

Der vom letzten Moskauer Weltkongress funktionierende Befehl der moskowitzischen Oberbunzen, die parteikommunistischen Gewerkschaften aufzugeben und die Amsterdamer Gewerkschaften von innen heraus zu erobern, hat die kommunistische Auflösung nicht aufhalten können.

In Berlin-Schöneberg ist eine neue Schöneberger Union aufgemacht worden. Kollegen und Genossen! Beachtet den Bericht vom Bezirksrat, beachtet die Beschlüsse, so werdet ihr erkennen, welches frivole Spiel jene Leute um Sobotta treiben.

... Sobotta wie Serve und ein gewisser Max Müller haben im vergangenen Jahre die Union im Ruhrgebiet zerfallen lassen. Von der einst so stolzen, annähernd 65 000 Mitglieder zählenden Bergarbeiterchaft sind nur noch 10 000 organisiert.

In immer größeren Scharen verlassen die bisher von den bolschewistischen Kellern angeleiteten Arbeiter den Maulzirkus der unionistischen Auguste. Sie kommen zu der Erkenntnis, daß nur die politische und mit den realen Tatsachen rechnende Politik der freien Gewerkschaften Vorteile für die Arbeiterschaft bringen kann.

Die parlamentarische Vertretung der Unternehmerinteressen.

Ein interessanter Beitrag aus der Werkstatt bürgerlicher Wohltätigkeit.

Daß die kommenden Wahlen zum Reichstag und Preussischen Landtag in jeder Beziehung von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der inner- und außerdeutschen Politik sein werden, wird mehr und mehr auch innerhalb der Arbeiterschaft erkannt.

Nachdem sich die Vertreter unserer Kreise mehr und mehr in den bürgerlichen Parteien (die sogenannte Deutsche Demokratische Partei bleibt ja ausgeschlossen) gesammelt haben, müssen die Kandidatenlisten dieser Gruppen sehr eng mit Wirtschaftsexperten durchgesehen werden, was ja von der Wahlfähigkeit abhängig gemacht werden kann.

Wie aus der vorstehend zitierten Veröffentlichung der Arbeiterzeitung hervorgeht, wissen die Unternehmer also schon heute, was man von ihnen im Lager der nationalen bürgerlichen Parteien erwartet. Für sie handelt es sich vor allem darum, mit Hilfe großer Geldmittel eine Rechtsmehrheit in den Parlamenten zu schaffen.

Die Bergarbeiter müssen aus dieser Konstitutionspolitik die notwendigen Schlüsse ziehen und am 7. Dezember geschlossen sozialdemokratisch wählen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der lallche Index.

Die amtlichen Indexziffern über die Kosten der Lebenshaltung bilden eine wesentliche Grundlage für Lohnverhandlungen. Die feststehende, von jedem Menschen täglich beobachtete Tatsache, daß es nicht wahr ist, daß die Kosten der Lebenshaltung heute nur 23 Prozent höher sein sollen als vor dem Kriege, wird bei solchen Verhandlungen nicht genügend beachtet.

Table with 4 columns: Date, Index, City, and Description. Data for 1921 and 1922.

Es liegt auf der Hand, daß die reichsamtlichen Zahlen falsch sind. Jede Hausfrau wird doch lachen über die Behauptung, daß sie in Berlin im September weniger für den Lebensunterhalt (ausschließlich Bekleidung) ausgegeben habe, als im Frieden.

Wichtiger Tag für Hütten- und Rotsbetrieb.

Nach einem Besuch der oberschlesischen Hüttenwerke erklärte der Reichsarbeitsminister, daß für diese Betriebe der Achtstundentag durch Verordnung wieder eingeführt werden solle.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Waffen II. Am 7. November starb infolge eines Unglücksfalles unser treues Mitglied, der Kamerad Wilhelm Wittmann im Alter von 38 Jahren.

Auf der Rudolfgrube verunglückte am 25. Oktober unser Kamerad Hermann Lorenz aus Volpersdorf zu Tode. Lorenz war Mitglied im Betriebsrat der Rudolfgrube und genoss großes Vertrauen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Betriebsrätewahl auf der Schachtanlage Zwerdel.

Auf der Schachtanlage Zwerdel fand eine Neuwahl des Betriebsrats statt, weil die Verbandskameraden und die Mitglieder des christlichen Arbeitervereins ihre Listen zurückgezogen hatten.

gingen bei dieser Wahl leer aus, da sie keine Liste zustande bringen konnten. Der Verband hat bei dieser Nachwahl eine Zunahme von über 200 Stimmen zu verzeichnen, ein Zeichen, daß die Kameraden einsehen, daß ihre Vertretung nicht nur mit revolutionären Redensarten, sondern durch intensive Gewerkschaftsarbeit gewahrt wird.

Gegen die Praxis der Berggewerbegerichte.

In einer Belegschaftsversammlung der Herbeder Steinkohlenwerke wurde die nachfolgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die am 9. November 1921 im Lokale Dörselmann in Herbede versammelte Belegschaft der Zeche Holland der Herbeder Steinkohlenwerke hat Stellung genommen zu der Spruchpraxis der Berggewerbegerichte und ist der Ueberzeugung, daß die Bergarbeiter kein Vertrauen zu den Berggewerbegerichten haben können.

Einlegung von Arbeiterzügen.

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau in Bochum, berichtet, daß dem Wunsche auf Einlegung von Arbeiterzügen aus dem von der Erwerbslosigkeit stark betroffenen Kreise Hattungen nach dem Kreise Essen entsprochen worden ist.

Für die Morgenschicht: Ab Dahlhausen vorm. 4,17 nach Steele-Nord-Grüningen-Werden-Kettwig. Rückfahrt: an Dahlhausen 3,10 mittags. Ab Dahlhausen vorm. 4,5 nach Kellinghausen-Mittelscheid. Rückfahrt: an Dahlhausen 3,03 mittags.

Durch diese Regelung ist es der Essener Steinkohlen-Bergwerks-A.G. (Essen) ermöglicht worden, eine notwendige größere Umgruppierung innerhalb der Belegschaft ihrer Betriebe und zwar von Dahlhauser-Tiefbau (Dahlhausen) nach Gottfried Wilhelm (Kellinghausen) und Karl Junke (Grüningen) durchzuführen und dadurch Entlassungen zu vermeiden.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Lohnverhältnisse im Nachener Revier.

Zwischen den Löhnen der Bergarbeiter im Nachener Bezirk und im Ruhrbergbau hat immer ein Unterschied bestanden. Vor dem Kriege war der Lohn im Ruhrbergbau 2/3 bis 1/4 Prozent höher als im Nachener Revier. Zu Anfang des Jahres 1920 war die Spannung nur noch 3-4 Prozent. Um diese Zeit war das Organisationsverhältnis der Bergarbeiter im Nachener Bezirk als ein gutes zu bezeichnen.

Offenlich haben die Bummelgeure endlich gelernt, daß mit Maulaufreißen und radikalem Getriebe nichts erreicht wird, sondern nur durch Stärkung der Organisation.

Jubiläumstafel

Den Alten zur Ehr: Den Jungen zur Lehr. Zahlstelle Mengede: Reinhold Weigold, Martin Rögel, Gustav Nilson, Ernst Kniffmann. - Unna: Friedr. Jürgens, Heinrich Rutenberg, Gustav Schindler, Friedrich Großweischebe. - Kray-Leithe: Thomas Bounard. - Dörfeln: Gustav Subndorf. - Schüren: Fritz Krüger, Heinz Westermann, Ernst Gebatus, Nikolaus Blatt, Theodor Wiese, August Röder, Friedr. Bringer, Georg Rode, Karl Warr, Karl Rabemacher, Max Dunkel, Anton Gansmeier, Fritz Brönnlich, Karl Schröder, Bernh. Borzjowski, Karl Wriele, Wilhelm Krüger, Josef Mab.

Sur Beachtung! Allen Zuschriften für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innegehobene Verbandsämter der Jubilare enthalten. Andere Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Wer nie Verbandsfunktionen ausübte, kann nicht berücksichtigt werden.

Bücher und Schriften.

Deutscher Bergmannskalender. Im Verlag von Richard Flegel in Luer i. B. Beilenstraße 35, ist zum Preise von 75 Pf. ein Kalender für Vergleute erschienen, der weiteste Verbreitung verdient. Der Kalender ist sehr reichhaltig und künstlerisch in jeder Beziehung einwandfrei ausgestattet.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 47. Woche (vom 16. bis 22. November) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Johann Reinhard (G.-Nr. 1343 649), Zahlstelle Dudow eiler, wird auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts aus dem Verbandsausgelschlossen.

Bücherrevue.

Dampfen. Im November. - Dörfeln. Vom 1. bis 16. Dezember. - Langenbrunn II. Vom 23. bis 30. November.

